

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am**  
**25.01.2011**

---

Tagungsort: Nowgorod Raum (Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Weber  
Frau Kammeier  
Herr Schön  
Frau Osthus  
Herr Jung

SPD

Frau Schrader  
Herr Kaufmann  
Frau Schneider  
Herr Gerth  
Herr Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober  
Frau Rathsmann-Kronshage

Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany  
Herr Schuster

FDP

Herr Spalek

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Huber  
Herr Heuer

Seniorenrat  
Beirat für Behindertenfragen (für Herrn Winkelmann)

Gäste

Herr Großegödinghaus

AGW

Verwaltung

Beigeordnete Frau Ritschel

Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Herr Dr. Jostmeyer

Herr Wörmann

Frau Kleiner

Frau Krutwage

Herr Metzger

Schriftführung

Herr Litke

Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Gesundheits-, Veterinär- und

Lebensmittelüberwachungsamt

Gesundheits-, Veterinär- und

Lebensmittelüberwachungsamt

Stab Dezernat 5

Stab Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Bauamt

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden zur ersten Sitzung im neuen Jahr. Sie teilt mit, dass Herr Garbrecht sein Ratsmandat in Bielefeld niedergelegt hat, um sich seinen Aufgaben im Landtag Nordrhein-Westfalen intensiver widmen zu können; sie spricht ihm stellvertretend Dank für sein Engagement im Sozial- und Gesundheitsausschuss aus. Bis der Rat einen neuen Vorsitz für den Sozial- und Gesundheitsausschuss bestimmt hat, übernimmt Frau Rathsmann-Kronshage den Vorsitz.

Sie begrüßt Herrn Großegödinghaus als neuen Vertreter der AGW; er hat als Nachfolger von Herrn Adams den Vorsitz der AGW 2011 turnusmäßig übernommen.

Für die erkrankte Schriftführerin, Frau Krumme, schlägt sie Herrn Litke, Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-, als Schriftführer für diese Sitzung vor; dagegen gibt es keine Einwände.

Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

**Zu Punkt 1****Genehmigung von Niederschriften****Zu Punkt 1.1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 8. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.09.2010**

In einem als Tischvorlage verteilten Schriftsatz der CDU-Fraktion (**Anlage 1**) wird die Änderung der Niederschrift in folgendem Sinne beantragt:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

auf Seite 2, zweiter Absatz, Textstreichung in kursiv

Der TOP 9 „Haushaltsberatungen 2010/2011“ inklusive der Unterpunkte erfolgt im Anschluss an TOP 1. *Die eingereichten Vorlagen werden in folgender Reihenfolge beraten:*

auf Seite 3, erster Satz, zwei Wortänderungen in kursiv

Die Anwesenden stimmen *dieser Änderung* zu.

Zu Punkt 9.1

auf Seite 3, vorletzter Absatz, Texteingfügung in kursiv

Beigeordneter Herr Kähler erläutert die wesentlichen Punkte der Tischvorlage und weist darauf hin, dass der Verwaltungsvorstand der Vorlage zugestimmt habe. *Frau Kammeier erklärt, dass die Beschlussvorlage 1511/2009-2014 nicht als TOP in der vorliegenden TO vom 21.09.2010 aufgeführt sei. Ein (Dringlichkeits-) Antrag auf Aufnahme in die TO sei zu Beginn der Sitzung nicht erfolgt. Der Beratungsgegenstand sei damit nicht ordentlich festgestellt und könne daher erst in der folgenden SGA-Sitzung als TOP behandelt werden. Herr Garbrecht weist darauf hin, dass eine geänderte TO aufgestellt worden sei, mit Ergänzung weiterer TOP 9.2 Drucksachenummer 1468/2009-2014 und TOP 9.3 Tischvorlage Antrag 1522/2009-2014. Dem Sprecher der CDU-Fraktion, Herrn Michael Weber, seien die Unterlagen in Kenntnisnahme zugegangen. Ricarda Osthus wurde eine handschriftlich erstellte TO übergeben. Daraufhin stimmt die CDU-Fraktion der geänderten TO zu, mit dem Hinweis, dass derart komplexe Beschlussvorlagen einer eingehenden fachlichen Bewertung bedürfen, dieses jedoch angesichts der Behandlung einer Tischvorlage nicht sachdienlich wäre. Herr Kähler setzt die Beratung fort. Mit Herrn Richter ...*

Zu Punkt 9.3

auf Seite 5, erster Absatz, Texteingfügung in kursiv

Frau Rathsmann-Kronshage begründet den *als Tischvorlage* vorliegenden Antrag und ...

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.09.2010 wird unter Berücksichtigung der von der CDU-Fraktion mit Schriftsatz vom 25.01.2011 beantragten Änderungen nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 1.2**

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.11.2010**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.11.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.3

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sondersitzung (10. Sitzung) des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.11.2010**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sondersitzung (10. Sitzung) des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.11.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.4

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (11. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 16.12.2010**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (11. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 16.12.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

**Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1

**Schuldnerberatung  
Erhöhung und Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes ab dem Jahr 2011**

Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die vorliegende Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

**Aktionsprogramm zur Kastration herrenloser Katzen in Bielefeld**

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die als Tischvorlage verteilte Mitteilung (**Anlage 2**) und weist auf einen entsprechenden Flyer hin, der stadtwweit verteilt werden soll. Diese Aktion sei als ein Baustein zu verstehen, um „Katzenelend zu mindern“.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 2.3 Tierschutzrechtliche Fortnahme von Pferden – aktueller Sachstand**

Herr Dr. Jostmeyer informiert darüber, dass einer Tierhalterin 11 Pferde wegen mangelnder Bewegungsmöglichkeiten fortgenommen worden seien. Zwei Pferde sind an die eigentlichen Eigentümer übergeben worden; vier Pferde konnten an die Tierhalterin zurückgegeben werden, weil sie auf einem anderen Hof im Kreis Lippe artgerecht gehalten werden können. Eines der zurückgegebenen Pferde ist mittlerweile verendet. Die Rückgabe der übrigen Pferde, sämtlich Hengste, ist beabsichtigt, sobald auch für diese geeignete Haltungsbedingungen vom Kreis Lippe bestätigt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 2.4 Informationsveranstaltung für Eltern 4jähriger Kinder am 05.02.2011**

Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die vorliegende Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 2.5 Mietspiegel 2011**

Herr Metzger erläutert den als Tischvorlage verteilten Mietspiegel 2011. Es handele sich um einen „qualifizierten Mietspiegel“, der aufgrund wissenschaftlich anerkannter Auswertungen erstellt worden sei. Die Mieten seien gegenüber 2009 geringfügig gesunken. Da bislang nur relativ wenige Energieausweise für Gebäude ausgestellt wurden, basierten die Orientierungswerte für den energetischen Zustand noch auf dem Bielefelder Heizspiegel 2009.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 2.6 Sozialticket**

Frau Schulz nimmt Bezug auf den Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 31.08.2010 (Punkt 6.1) in dem die Verwaltung

beauftragt wurde, die Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr in Bielefeld zu erreichen. Sie informiert über den Zwischenstand:

Mittlerweile hat sich ein Arbeitskreis aus mobiel, dem Amt für Verkehr und dem Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- gebildet. mobiel prüfe nun die Einführung eines Sozialtickets – ggf. zunächst als befristetes Projekt – mit dem möglichen Starttermin 01.08.2011.

Für eine eventuelle Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen sei das Verkehrsministerium zuständig; dort gibt es eine entsprechende Arbeitsgruppe, an der mobiel beteiligt ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 2.7**      **Haftentlassene Straftäter**

Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die geplante grundsätzliche Behandlung dieser Angelegenheit im Haupt- und Beteiligungsausschuss am 27.01.2011 (Drucksache 1909/2009-2014) und die Berichterstattung in der Presse. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss werde sich damit befassen, sobald eine fachliche Umsetzung konkret anstehe; eine Diskussion im Vorfeld sei wenig hilfreich.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

**Zu Punkt 4**      **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5**      **Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2010**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1840/2009-2014

Herr Metzger erläutert die Vorlage und betont, dass durch eine nachträgliche Mittelzuweisung fast alle beantragten Maßnahmen 2010 gefördert werden konnten. Für 2011 sei insgesamt eine Mittelreduzierung zu erwarten; die Förderung von gebrauchten Eigentumsmaßnahmen werde dann voraussichtlich an eine Verbesserung des energetischen Gebäudezustandes geknüpft, was zu höheren Gesamtkosten für Antragsteller führen

könne. Er beantwortet eine diesbezügliche Frage von Frau Geilhaar. Frau Rathsmann-Kronshage dankt Herrn Metzger für seine Ausführungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **Qualität der pflegerischen stationären Versorgung**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1927/2009-2014

Drucksachennummer: 1613/2009-2014

Frau Schulz verdeutlicht, dass ausgehend von einem Antrag des Seniorenrates eine umfassende Darstellung zur Qualität der pflegerischen stationären Versorgung mit dieser Vorlage (1927) erfolge, da verschiedene Entwicklungen und Rechtsgrundlagen hierbei ineinander verzahnt seien und erst bei komplexer Betrachtung verständlich würden; so habe diese Vorlage auch im Seniorenrat zustimmende Anerkennung gefunden. Sie verweist darüber hinaus auf die frühere Berichterstattung zum Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) und skizziert die wesentlichen Inhalte der Vorlage. In der anschließenden Diskussion beantworten Frau Schulz und Frau Krutwage Fragen von Frau Cascante-Maristany, Frau Kammeier, Frau Dr. Ober, Frau Schrader, Frau Geilhaar, Frau Huber und Herrn Dr. Schmitz. Dabei werden im wesentlichen folgende Themen berührt:

#### Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften

Die Ausbildung zur Pflegefachkraft dauert in Vollzeit 3 Jahre – in Teilzeit 4 Jahre; sie besteht aus einem schulischen und einem praktischen Teil. Die praktische Ausbildung wird mittlerweile nicht nur von stationären Einrichtungen sondern auch von ambulanten angeboten. Zur beruflichen Orientierung kann vorher z. B. eine einjährige Schulung zum Altenpflegehelfer bzw. zur Altenpflegehelferin erfolgen. In Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit ist in Bielefeld das Aktionsprogramm zur Personalgewinnung in der Pflege (für SGB II-Bezieher) durchgeführt worden. Da der Ausbildungsberuf Altenpflege wenig attraktiv ist, werden auch perspektivisch nicht genug Nachwuchskräfte verfügbar sein.

#### Erfahrungen mit dem WTG und „Pflegeroten“

Die derzeitigen umfangreichen Beratungs- und Prüfpflichten können aufgrund ihres enormen Umfangs landesweit von keiner Behörde erfüllt werden. Daher werden bereits notwendige inhaltliche Anpassungen mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGE-PA) in Arbeitsgruppen erörtert; das WTG ist insoweit ein noch „lernendes Gesetz“.

Die Fachkraftquote in der Pflege muss mindestens 50% betragen; das ist in allen Bielefelder Einrichtungen erfüllt. Als Fachkräfte in der Pflege werden nur die für Pflege ausgebildeten Fachkräfte gezählt – es gibt keine Kompensation z. B. mit „Küchenfachkräften“ oder angelernten Kräften. Hinsichtlich der „Benotung“ von Heimen (nach SGB XI) zeichnet sich ab, dass künftig eine differenzierte Gewichtung von Teilnoten erfolgen soll.

#### Neue Wohnformen

Auslegungsunsicherheiten angesichts einiger Bestimmungen im WTG stehen der Intention, Rechtssicherheit für neue Wohnformen zu schaffen, bisher entgegen. Allerdings laufen intensive Bestrebungen, eine hinreichende Klärung noch offener Fragen demnächst zu erlangen. Insgesamt wird der Ansatz verfolgt, neue Wohnformen nicht zu behindern – aber den nötigen Schutz der Bewohner und Bewohnerinnen zu gewährleisten.

Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

#### Zu Punkt 7

#### **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Physiotherapie in Nordrhein-Westfalen zwischen der Stadt Bielefeld und der Landeshauptstadt Düsseldorf**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1926/2009-2014

Herr Weber fragt nach, ob es ggf. kritische Rückmeldungen aus den einschlägigen Berufsverbänden gebe. Frau Dr. Delius sind hierzu keine negativen Rückmeldungen bekannt; im übrigen handele es sich auch nur um sehr wenige Prüfungen, deren zentralisierte Abnahme schon deshalb sinnvoll sei, um eine fachliche Qualität der Prüfung gewährleisten zu können. Der Ausschuss fasst daraufhin ohne weitere Aussprache den

#### **Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, den Abschluss der als Anlage (3) beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Übernahme der Zuständigkeit der Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Physiotherapie in Nordrhein-Westfalen zwischen der Stadt Bielefeld und der Landeshauptstadt Düsseldorf.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

#### Zu Punkt 8

#### **Aufhebung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom 27.06.2008 in der Fassung vom 02.07.2009 und Bericht zu den Maßnahmen im Stadthallen-Umfeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1792/2009-2014

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage empfiehlt eine Beschlussfassung ohne inhaltliche Debatte. Herr Weber betont, dass hier zwar der ordnungsrechtliche Teil behandelt werde, die Gesamtsituation an der Stadthalle aber weiterhin nur im Rahmen eines Zwei-Säulen-Modells (Hil-



feangebote und ordnungsrechtliche Maßnahmen) erfolgreich gestaltet werden könne. Das wird auch von Beigeordneter Frau Ritschel und Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage so gesehen; im Sommer 2011 soll es daher wieder eine Berichterstattung zu diesem Thema geben. Frau Cascante-Maristany empfiehlt, den neuen Betreiber des ehemaligen Hotels Mövenpick bei der Suche nach konstruktiven Lösungen künftig zu beteiligen.

### **Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat die Aufhebung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom 27.08.2008 in der Fassung vom 02.07.2009 wie folgt zu beschließen:**

## **Satzung**

**zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom 27.06.2008 in der Fassung vom 02.07.2009**

vom ...

aufgrund der §§ 7, 8, 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666, SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17.12.2009 (GV NRW S. 950), hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 27.01.2011 folgende (Aufhebungs-) Satzung beschlossen:

### **Artikel 1**

**Die Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom 27.06.2008 in der Fassung vom 02.07.2009 wird aufgehoben.**

### **Artikel 2**

**Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.**

### **Bekanntmachungsanordnung:**

**Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.**

**Es wird zugleich darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann. Dies gilt nicht, wenn**

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) der Oberbürgermeister den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Stadt Biele-

**feld vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden ist, die den Mangel ergeben.**

- einstimmig beschlossen -

Im übrigen nimmt der Ausschuss den Bericht zu den ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Stadthallen-Umfeld zur Kenntnis.

---

**Zu Punkt 9**

**Bielefelder Gesundheitsziele 2015**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1911/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die Vorlage. Sie bezieht sich auf den Entstehungsprozess, aus dem Leitideen hervorgegangen sind, die weiterhin tauglich seien. Das Zielkonzept sei bewusst übersichtlich und kompakt, weil man sich auf solche Ziele konzentrieren wolle, die kommunal gestaltet werden könnten und für deren Umsetzung auch tatsächlich Akteure vorhanden seien. Sie hebt hierbei die gute Zusammenarbeit mit der kommunalen Gesundheitskonferenz hervor.

Sie und Frau Dr. Delius beantworten Fragen von Frau Cascante-Maristany, Frau Schrader und Frau Geilhaar. Herr Weber begrüßt die Prägnanz des Zielkonzepts.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt den Bielefelder Gesundheitszielen 2015 zu und wird ihre Umsetzung im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 10**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**- Bericht der Verwaltung zum Sachstand-**

Es ist über keinen weiteren Sachstand (außer dem zu Punkt 2.6) zu berichten.

---

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage beendet die Sitzung um 18:45 Uhr.

---

Rathsmann-Kronshage  
(Vorsitzende)

---

Litke  
(Schriftführer)